



## Bausatz für Kündigungen

### Gaston Kirsche\* über Union Busting im bayrischen Einzelhandel

In: *express* 1/2025

In Bayern stehen im Handel engagierte Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsrät:innen unter Druck. Einer davon ist Ludwig Doblinger. Ihm droht derzeit der Verlust seines Arbeitsplatzes als Kuchenverkäufer bei der Ikea-Filiale in Regensburg. Er ist Gewerkschafter und Mitglied im örtlichen sowie im europäischen Betriebsrat der Möbelkette IKEA. Weil der Betriebsrat seine Zustimmung zur Kündigung allerdings verweigert hat, versucht das Möbelunternehmen die Kündigung nun vor dem Arbeitsgericht Regensburg durchzusetzen. Gewerkschafter:innen von ver.di solidarisieren sich.

#### IKEA

»Es ist bereits der dritte Fall, wo große Handelsunternehmen nach der langen, zähen Tarifrunde im Handel für Lohnerhöhungen gegen engagierte Betriebsrät:innen vorgehen, die sich aktiv an der Tarifrunde beteiligt und vor Ort die Warnstreiks mitorganisiert und koordiniert haben«, so Christin Rappl, zuständige ver.di-Gewerkschaftssekretärin für den Handel in der Oberpfalz im Gespräch mit dem Autor: Der Filialleiter von IKEA Regensburg wollte am 2. Oktober von dem ansässigen Betriebsrat die Zustimmung bekommen, dass er den engagierten Betriebsrat und Gewerkschafter Ludwig Doblinger, der auch Mitglied im europäischen Betriebsrat bei IKEA ist, fristlos kündigen kann.

Einem Mitglied des Betriebsrates zu kündigen, ist nicht so einfach: Der Betriebsrat hat seine Zustimmung verweigert. »Ausgesprochen wurde noch keine Kündigung, da sich die Kündigung noch im Zustimmungseretzungsverfahren befindet, welches eingeleitet wurde durch den Einrichtungshausleiter«, erklärt Ludwig Doblinger.

Deshalb versuchte die Filialleitung von IKEA, die Kündigung vor dem Arbeitsgericht Regensburg durchzusetzen. Am 21. November kam es zu einer ersten Verhandlung. Die vom Gericht vorgeschlagene gütliche Einigung scheiterte an der Weigerung des Anwalts von IKEA, Jan-Peter Braun, auf die Kündigung zu verzichten und eine andere Lösung zu suchen.

IKEA wirft Doblinger »Spesenbetrug« und »Arbeitszeitbetrug« vor, wie Jan-Peter Braun betonte. Dabei geht es um eine Summe von 33 Euro, die sich aus mehreren Einzelposten bei der Spesenabrechnung von einem dreitägigen Treffen des Gesamtbetriebsrats in Fulda Anfang September ergeben hat und um eine 15minütige Pause. Laut einem Prozessbericht des Journalisten Stefan Aigner auf der Internetseite Regensburg Digital habe Rechtsanwalt Braun für IKEA erklärt, es habe beim Betriebsratstreffen »vollwertige Mittagessen« gegeben. An denen habe sich Doblinger »satt essen« können und hätte deshalb keine Spesen von elf Euro täglich abrechnen dürfen.

Ludwig Doblinger habe sich kein Fehlverhalten vorzuwerfen, konterte sein Rechtsanwalt Norman Hagel, laut Regensburg digital: Bei dem Treffen in Fulda sei ein Snack bestellt worden. Von diesem habe auch Doblinger gegessen. Auch der Vorwurf des Arbeitszeitbetruges sei nichtig: Es stehe einem Betriebsrat »völlig frei, wann und wie er seine Tätigkeit ausübt« – auch in einer Pause könne er seiner Tätigkeit nachgehen. Die vermeintlichen Gründe für eine außerordentliche Kündigung seien keine.

»Dass der Filialleiter von IKEA Regensburg versucht, durch konstruierte Vorwürfe einen engagierten ver.di-Betriebsrat aus dem Unternehmen zu drängen, ist an sich schon ein großer Skandal«, so Christin Rappl, die auch bei der Gerichtsverhandlung anwesend war: »Unser Kollege Ludwig Doblinger soll seinen Arbeitsplatz verlieren, weil er sich für seine Kolleg:innen im Betrieb unermüdlich einsetzt und gegen die Missstände im Betrieb ankämpft«.

»IKEA toleriert keine Verstöße gegen Recht und Gesetz«, teilte Tamara Breuer, Pressesprecherin des Möbelkonzerns, dem Autor auf Anfrage mit. »Kündigungsentscheidungen werden seitens IKEA stets im Rahmen des geltenden Arbeitsrechts und aufgrund gesetzlicher Grundlagen getroffen.« Aber, so Tamara Breuer weiter: »Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir uns zu aktuell laufenden Verhandlungen nicht äußern können«.

»Das Verhalten von IKEA ist eine große Sauerei«, betont Christin Rappl. Das Entgegenkommen von IKEA-Rechtsanwalt Braun habe darin bestanden vorzuschlagen, die außerordentliche Kündigung in eine fristgerechte umzuwandeln, und weil der Betriebsrat und Küchenverkäufer bereits seit zehn Jahren bei IKEA arbeite, könne eine »maßvolle Abfindung« von 15.000 Euro gezahlt werden.

Damit war die Chance auf eine gütliche Einigung vertan, jetzt wird es in einigen Monaten zu einem Prozess kommen, in dem die Kammer des Arbeitsgerichts entscheiden wird, ob die Kündigung rechtlich wirksam ist. Da das Betriebsratsgremium hinter seinem Mitglied steht, ist es eher unwahrscheinlich, dass IKEA mit der fadenscheinig begründeten Kündigung vor Gericht durchkommt.

»Ich bin Betriebsrat aus Überzeugung und mache meine Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen – dies hat sicherlich zu dieser Situation beigetragen«, sagt Ludwig Doblinger auf die Frage, wie er sich die Kündigung erklärt: »Dass ich während der Tarifverhandlungen als Streikkoordinator im Einrichtungshaus tätig war und auch im regionalen Fernsehen interviewt wurde, dürfte ebenfalls dazu beigetragen haben.« In einem Beitrag für den Regionalsender TVA kritisierte der Betriebsrat im Februar 2023, dass IKEA wie der Handelsverband die Forderungen von ver.di nach angemessenen Lohnerhöhungen zurückweise und versuche, eine staatliche geförderte, steuerfreie Inflationsausgleichsprämie mit der Lohnerhöhung zu verrechnen, was schäbig sei: »Gebt uns unsere Kohle, damit wir ein vernünftiges Leben führen können, und behandelt uns nicht wie irgendwelche modernen Sklaven«, erklärte er vor der Kamera. »Aus meiner Sicht ist meine gewerkschaftliche Tätigkeit mitverantwortlich dafür, dass IKEA mir kündigen will«, so Doblinger.

»Ludwig Doblinger war sehr aktiv in der letzten Tarifrunde an der Organisation von Warnstreiks bei IKEA Regensburg beteiligt und ist immer mit raus gegangen«, bestätigt Christin Rappl: »Die Vorwände, wegen denen die Kündigungen ausgesprochen werden, sind weit hergeholt und eigentlich geringfügig.«

## **Eurotrade**

Der Fall Doblinger ist keine Ausnahme. In zwei Handelsketten und einem Handelsverbund in Bayern gehen Filialleiter oder Geschäftsleitungen gegen aktive Gewerkschafter:innen vor, die sich aktiv an der Tarifrunde beteiligt und Warnstreiks mitorganisiert und koordiniert hätten: Neben Ludwig Doblinger bei IKEA Regensburg geht es um die Betriebsratsvorsitzende und als Mitglied im Aufsichtsrat von Mediamarkt tätige aktive Gewerkschafterin Maria Laube von der Mediamarkt-Filiale in Rosenheim und die ehemalige Betriebsratsvorsitzende und aktive Gewerkschafterin Neli Birks von Eurotrade in München. Eurotrade ist eine Tochter der Flughafengesellschaft FMG, die dem Freistaat Bayern, dem Bund und der Stadt München gehört und zuständig für 40 Geschäfte am Münchener Flughafen ist.

Neli Birks wurde im Juni ohne Angabe von Gründen vom Flughafen-Shopbetreiber Eurotrade fristlos gekündigt. Sie arbeitete als Verkäuferin im Duty-free-Bereich. Dem Vernehmen nach wird ihr ein Verstoß gegen den Datenschutz vorgeworfen. Im Rahmen ihrer Betriebsratsarbeit habe sie eine Liste mit Namen von Leiharbeiter:innen an ihre private E-Mail-Adresse geschickt; zur Weiterbearbeitung, verteidigte sich Birks. Dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt Bayern sagte sie, die Liste sei weder passwortgeschützt gewesen, noch habe sie

Adressen oder persönliche Telefonnummern enthalten. Ein Datenschutzkonzept gebe es in der Firma nicht. Es sei gängige Praxis, Mails an private Accounts zu senden.

Dominik Datz, zuständiger Gewerkschaftssekretär von ver.di, betonte im Gespräch mit dem Autor Neli Birks Engagement: »Neli hat als Mitglied der Tarifkommission mehrfach Streiks bei Eurotrade mitorganisiert, die sehr erfolgreich waren.« Gut die Hälfte der Shops am Flughafen seien während der Ausstände tageweise geschlossen gewesen. Der Betriebsrat dort steht nicht hinter Neli Birks, sondern hat mehrheitlich der Kündigung »vorsätzlich und bewusst zugestimmt«, so Dominik Datz: »Ich war in der Sitzung anwesend und habe ausführlich aufgeklärt und man hat es dennoch durchgezogen.«

### **Mediamarkt**

Der regionale Geschäftsführer der Mediamarkt-Niederlassung in Rosenheim wollte am 4. Oktober 2024 von dem dortigen Betriebsrat die Zustimmung bekommen, dass er die engagierte Betriebsratsvorsitzende Maria Laube fristlos kündigen kann. Der Vorwurf: ein angeblich falsch geführtes Kundengespräch. Die Betriebsratsvorsitzende soll, laut ver.di, wegen kundenfreundlicher Beratung ihre Arbeit verlieren.

In Rosenheim hat der Betriebsrat der örtlichen Mediamarkt-Filiale wie bei IKEA die Zustimmung zur Kündigung seiner Vorsitzenden Maria Laube verweigert. »Media Markt möchte sich gerichtlich die Zustimmungsersetzung einholen«, erklärt Dominik Datz. Der für den 19. November 2024 vom Arbeitsgericht Rosenheim terminierte Gütetermin wurde seitens des Unternehmens kurzfristig abgesagt, da man einen schnellen Kammertermin haben möchte. »Es zeigt sich also deutlich, dass man die Kollegin Laube um jeden Preis loswerden möchte«, betont Datz und merkt an, dass es sich bei den Kündigungen ausnahmslos um gewerkschaftlich aktive Personen in den o.g. Betrieben handelt: »Diese Vorgänge sind allesamt ein Angriff auf das Grundgesetz und seinen Artikel 9.«

### **Solidarität!**

Die gewerkschaftliche Solidarität dagegen ist groß – mit allen dreien. Und in der Belegschaft von IKEA laufen die Vorbereitungen zur Durchsetzung eines Digitalisierungs-Tarifvertrags in der Möbelhauskette: »Wie wir das Arbeiten bei IKEA erleben, hat wenig mit dem Wohlfühlkurs aus den Werbespots des Unternehmens zu tun: Es gibt zu wenig Personal, aber immer mehr Aufgaben für die Kolleginnen und Kollegen, die oft allein auf der Fläche sind«, heißt es in einer Ausgabe von Wir bei Ikea, dem betrieblichen Infoblatt von ver.di: »Das alles ist stressig, gesundheitsgefährdend und verursacht hohe Krankenstände. Du fragst dich, was wir gemeinsam tun können, damit es besser wird? Gemeinsam für einen Tarifvertrag streiten, der die Belastungen reduziert.«

Anlässlich dieser drei Fälle von Betriebsrats-Mobbing hat der Gewerkschaftsrat von ver.di eine Beschlussvorlage des ver.di-Bezirksvorstands München angenommen, in dem gefordert wird, das Kündigungsschutzgesetz zu erweitern um den Schutz von aktiven Gewerkschafter:innen. In Bayern konfrontiert ver.di Politiker:innen auf Wahlkampfveranstaltungen mit diesem Thema.

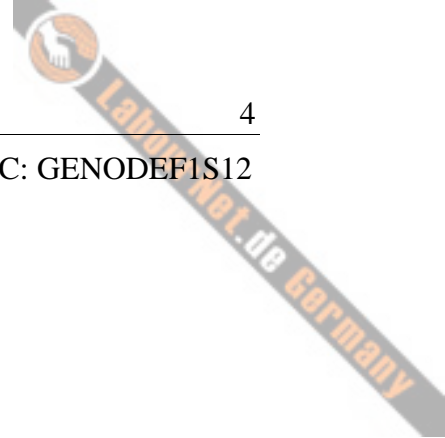
**Aktuelle Informationen im Netz sind zu finden unter: <https://handel-bayern.verdi.de/>**

*\* Gaston Kirsche ist gewerkschaftlich bei ver.di und in der außerparlamentarischen Linken aktiv und tätig als freier Journalist.*

*express im Netz und Bezug unter: [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)*

**express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.**

*Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:*



---

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12